

Im Namen Allahs des Erbarmungsvollen des Barmherzigen

Einmal ein wahres Wort – doch ist es ein aufrichtiger Rat!

Die Regierungsübernahme unter der Besatzungsmacht ist eine Falle, die denjenigen, der in sie reintappt, zur Anerkennung des Judenstaates führt

Mit einem Stich im Herzen bringen wir dieses Flugblatt heraus. Denn es ist das eingetreten, wovor wir immer und immer wieder gewarnt haben, vor der Tatsache nämlich, dass die palästinensischen Wahlen unter der Besatzungsmacht allesamt schädlich sind. So führen sie nun die so genannten „Islamisten“ zur Regierungsübernahme unter Kontrolle der Besatzungsmacht. Damit hauchen sie einer Autonomiebehörde, die bereits dem Zusammenbruch nahe war, wieder Leben ein und setzen erneut Aktivitäten in Richtung „etappenmäßiger“ und „taktischer“ Lösungspläne. Dies, nachdem die Bevölkerung Palästinas das Vertrauen in die Fatah-Behörde bereits verloren hatte und die Verdorbenheit und Schlechtigkeit dieser Behörde sowie ihr Verrat mit der Anerkennung des Judenstaates und die Annahme der Pläne der USA und Europas - von Oslo bis zur Roadmap - offenkundig geworden waren. Fast hatten sich die Menschen von der Behörde schon abgewandt, waren zur Wahrheit zurückgekehrt und hatten begriffen, dass Palästina, dieses gute und gesegnete Land, eine Teilung zwischen Muslimen und Juden nicht duldet. Vielmehr lautet das diesbezügliche islamische Gesetz, dass Palästina vollständig in die Obhut des Islam zurückkehren muss, nachdem der Judenstaat von der Landkarte beseitigt wird.

Zu Anfang, als die palästinensischen Organisationen - von denen Fatah die größte war - entstanden, verkündeten sie, Palästina vom „Fluss bis zum Meer“ befreien zu wollen. Sie verkündeten auch, das Jüdengebilde zu beseitigen und es niemals anzuerkennen. Sodann fielen sie in den Sumpf der Abtretungen: Von der Offenlegung „strategischer Ziele“ bis zur Verkündung „taktischer“ bzw. „etappenmäßiger“ Ziele. Zuerst riefen sie zur Gründung eines Staates in ganz Palästina auf, danach zu einem Staat auf irgendeiner durch Kampf befreiten Handbreite davon, ohne den Judenstaat selbst anzuerkennen, daraufhin zur Gründung eines Staates auf irgendeiner Handbreite, die durch Verhandlungen und durch die Anerkennung des Judenstaates auf dem restlichen Palästina „befreit“ wurde. Schließlich wurden sie zu einer „Behörde“ mit eingeschränkter, im Grunde mit überhaupt keiner Souveränität, was man bereits daran erkennt, dass ihr Ministerpräsident und ihre Minister an den jüdischen Checkpoints - in beabsichtigter Erniedrigung - auf die Passiererlaubnis warten müssen.

Nun wollen sie, dass HAMAS denselben Weg beschreitet. HAMAS hatte aus ihrem Wahlprogramm bereits folgenden Satz herausgestrichen: „Die Nichtanerkennung und Beseitigung des Judenstaates“. An die Stelle des strategischen Zieles, ganz Palästina zu befreien, ohne mit jenen zu verhandeln, die den Judenstaat unterstützen, rückten der „Realismus“ und das Verhandeln mit der Viererkommission, welche die Juden unterstützt. Als „Etappenziel“ werden nun die Grenzen von 1967 gefordert! Anstatt die Rechtmäßigkeit des Judenstaates von vorneherein nicht anzuerkennen, wurde bloß die Rechtmäßigkeit der Besatzung vom Westjordanland und dem Gazastreifen nicht anerkannt. Danach wurde mit lauter Stimme verkündet: „bei gleichzeitigem Festhalten an den Grundsätzen“. Was für „Grundsätze“ sind das eigentlich? Grundsätze brechen zusammen, sobald der Besitzer eines Rechtsanspruches zum ersten Mal von seinem Recht etwas abtritt. Für jeden, der zwei Augen hat, ist diese Tatsache klar geworden. So hat der Abtretungsprozess die Fatah-Organisation dahin geführt, die Palästinafrage auf die Zwergangelegenheit der Bewegungserleichterung zwischen den Städten des Westjordanlandes – nicht etwa zwischen dem Westjordanland und Gaza – zu reduzieren.

Das einmalige Abtreten führt zum mehrmaligen Abtreten. Die Forderung nach den Grenzen von 1967 und die Anerkennung des Judenstaates auf dem restlichen Palästina, das über achtzig Prozent ausmacht, werden zu dem hinführen, wo die Fatah-Behörde heute angelangt ist.

Lässt man sich einmal erniedrigen, fällt einem Erniedrigung leicht.

Wahrlich, den Toten schmerzt keine Wunde!

Was im Herzen wirklich brennt, ist die Tatsache, dass die ungläubigen Kolonialisten die Eingliederung der HAMAS in die Autonomiebehörde, in die Verhandlungen und schließlich in den Anerkennungsprozess des Judenstaates bereits geplant hatten. Sie planten es offenkundig in Übereinkunft mit Mahmud Abbas und dem Judenstaat. Dies geht aus folgendem hervor:

Erstens: Sie führten zu Anfang eine starke Kampagne gegen die Teilnahme der HAMAS an den Wahlen, sodass sie den Eindruck vermittelten, die Abhaltung der Wahlen *mit Beteiligung* der HAMAS sei an sich bereits ein patriotischer Akt, der gegen den Willen der USA, der Europäischen Union und des Judenstaates durchgesetzt wurde. – Als ob die Autonomiebehörde irgendeine Souveränität hätte und Wahlen ohne die Erlaubnis des Judenstaates abhalten könnte.

Zweitens: Mahmud Abbas bestand darauf, die Wahlen zum geplanten Termin abzuhalten, trotz der Spaltung und dem großen Bruch, der die Fatah-Organisation befallen hatte. Es war klar, dass Wahlen zu dieser Zeit HAMAS die Stimmenmehrheit verschaffen und sie damit zur Regierungsbildung führen würden.

Drittens: Als einige Elemente der Fatah wegen deren zerrüttetem Zustand die Wahlen verschieben wollten, machte Abbas das Verbot der Wahlen in Ostjerusalem durch den Judenstaat zur Bedingung für eine Verschiebung. Abbas begann seine Stimme damit zu erheben, dass er auf eine Beteiligung Ostjerusalems an den Wahlen bestehe, ansonsten werde er die Wahlen verschieben. Er legte dabei eine Beharrlichkeit an den Tag, als ob er die Souveränität zur Aufstellung irgendwelcher Bedingungen besäße. Was den Judenstaat betrifft, so hat dieser sein Einverständnis gegeben, nachdem er anfangs die Ablehnung angedeutet, ja sogar offen erklärt hatte. Mahmud Abbas verkündete daraufhin die planmäßige Abhaltung der Wahlen, nachdem er diesbezüglich – wie er erklärte - „Versicherungen“ seitens der USA erhalten hatte. Es hatte nun den Anschein, als ob Abbas eine „patriotische“ Bedingung durchgesetzt hätte, indem er den Judenstaat dazu „zwang“, die Wahlen in Ostjerusalem zuzulassen. Er, der nicht einmal die Bedingung stellen kann, ohne Erlaubnis des Judenstaates eine Straße zu passieren!

Viertens: Es war klar, dass die Dinge im Detail geplant wurden, um HAMAS in eine Regierung unter Kontrolle der Besatzungsmacht zu bringen. Somit verschiebt sich die Angelegenheit von der Nichtanerkennung der Legitimität des Judenstaates an sich zur Nichtanerkennung der Legitimität der *Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens* durch den Judenstaat. Und dies würde automatisch die Anerkennung des Judenstaates *auf dem Rest* von Palästina bedeuten. Von wem aber? Von Vertretern der Einwohner Palästinas, die den Islam namentlich proklamieren. Somit würde der Kreis [bei der Anerkennung Israels] von Laizisten und „Islamisten“ geschlossen werden.

Ihr Muslime!

Ihr Angehörigen in Palästina!

Ihr Aufrichtigen in der HAMAS!

Die Autonomiebehörde ist ursprünglich auf der Grundlage des verräterischen „Osloabkommens“ entstanden. Eine Grundlage, die von dieser Behörde nicht zu trennen ist, und zwar abgesehen von der Person, die ihr unter der Besatzungsmacht vorsteht. Auch die Behauptung, das Osloabkommen sei tot, ändert nichts an dieser Tatsache. Denn die Realität spricht für sich: So geht die Existenz der Autonomiebehörde selbst auf das Osloabkommen zurück. Und die Erklärung von Mahmud Abbas, dem Präsidenten dieser Behörde, straft alle andersartigen Aussagen der Lüge. So hat er folgendes verlautbart: „Manchem könnte gefallen, sich das vorzustellen, was seiner Laune entspricht und behaupten, das Osloabkommen sei tot. Die Wahrheit ist aber, dass diese Wahlen gemäß dem Osloabkommen abgehalten werden und ich bin der gewählte Präsident dieser Behörde gemäß dem Osloer Vertrag.“ Auch ändert die Erklärung daran nichts, man würde mit Oslo „anders umgehen“. Denn Oslo hat nur eine Seite, nämlich die des eindeutigen Verrats.

Ihr Muslime!

Ihr Angehörigen in Palästina!

Ihr Aufrichtigen in der HAMAS!

Die Situation ist ernst und kein Scherz. Es ist eine Falle, die der HAMAS gestellt wurde. Und diese hitzigen Versuche, sie zur Bildung einer Alleinregierung zu bewegen oder zu einer Regierung, in der sie die aktive Rolle übernimmt, sind nichts als eine weitere Bestätigung dafür. Wer sie aus dieser Falle befreien und sie von der Regierungsübernahme unter der Besatzungsmacht abhalten kann, der soll es tun. Es wäre ihre Errettung aus einem schrecklichen Unheil und einer großen Sünde. Und der Vernünftige fügt der Sünde, an den Wahlen unter der Besatzungsmacht teilgenommen zu haben, nicht noch die größere Sünde der Regierungsübernahme unter der Besatzungsmacht hinzu. Der Glaube ist der gute Rat. Vielleicht nimmt die HAMAS den guten Rat von gläubigen Menschen an, denen das Wohl des Islam und der Muslime am Herzen liegt. Wir wollen nicht, dass dieser reine Ausspruch: „Der Islam ist die Lösung“ durch eine Regierungsübernahme unter der Besatzungsmacht beschmutzt wird, die zur Anerkennung des Judenstaates auf dem größten Teil Palästinas führt als Gegenleistung für einen provisorischen Staat oder Halbstaat auf einem Teil des Teiles von Palästina.

Die Frage ist nicht das Westjordanland oder Gaza, auch wenn ein souveräner Staat dort gegründet werden sollte. Die Frage ist vielmehr Palästina, dieses gesegnete Land, der Ort der Nacht- und Himmelreise des Gottesgesandten, Friede und Segen über ihn. Es ist Palästina, das die Al-Aqsa Moschee umfasst, den Ort der ersten Gebetsrichtung, der dritten von zwei Moscheen, zu denen man hinreisen sollte. Es ist Palästina, das Omar, Allahs Wohlwollen über ihn, für den Islam eröffnete, das Saladin befreite und das der Kalif Abdul-Madschid bewahrte. Auch wenn es heute niemanden gibt, der Palästina befreien kann, so muss zumindest der Kriegszustand zwischen uns und den Juden aufrecht erhalten bleiben. Es wird – so Gott will - gewiss ein Tag kommen, an dem die Ritter des Islam den Weg jener großen Persönlichkeiten neu beschreiten werden, die Palästina eröffnet, befreit und bewahrt haben. Sie werden das Judengebilde beseitigen und Palästina vollständig in die Obhut des Islam zurückführen. Diejenigen, die mit den Juden verhandeln und ihnen einen Staat auch nur auf einer Handbreite Palästinas zugestehen, werden Erniedrigung im Diesseits und ein schmerzliche Strafe im Jenseits erleben.

[وَلَعَذَابُ الْآخِرَةِ أَكْبَرُ لَوْ كَانُوا يَعْلَمُونَ]

„Und die Strafe des Jenseits ist wahrlich größer, wenn sie es nur wüssten“

O Allah, wir haben verkündet – o Allah, so sei unser Zeuge!

28. Dhu-l-Hidscha 1426 n. H.

Hizb-ut-Tahrir

28.01.2006 n. Chr.